

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **58 (1978)**

Heft 2

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VOM SINN UND UNSINN DER GIPFELDIPLOMATIE

In der klassischen Zeit der Diplomatie, im Jahrhundert zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg, wurde auf Botschaften und Gesandtschaften noch *grosse Politik* gemacht, konnten glückliche Wahl oder Missgriff bei der Ernennung eines akkreditierten und bevollmächtigten ständigen Vertreters vielleicht den Gang der Geschichte bestimmen oder zumindest wichtige Akzente setzen. Das alles mutet heute wie fernste Vergangenheit an. Unsere Zeit, beflügelt durch die Errungenschaften der Technik, hat einen *neuen Stil* geschaffen. Gipfeltreffen und Konferenzen auf höchster Ebene, früher seltene Ausnahmen, sind zur Gewohnheit geworden. Heisser Draht und jederzeit mögliche Blitzvisiten von Staats- und Regierungschefs haben die Diplomatie alter Schule verdrängt.

Wie sinnvoll ist diese moderne Gipfeldiplomatie? *Jimmy Carters* Jahreswendeflug um den halben Globus – sieben Länder in neun Tagen – bedeutet für einen amerikanischen Präsidenten ohne Zweifel eine Art Rekord an Schnelligkeit und «efficiency». In welcher Relation allerdings, langfristig gesehen, das Resultat der Reise zum eingeschlagenen Tempo steht, ist heute noch kaum schlüssig zu beurteilen. Äussere Pannen gab es in der Hast und Eile genug, in Polen wie in Indien, in Teheran und auch in Paris, und sie alle hinterlassen je nach Temperament Zorn, Verwunderung, Kopfschütteln oder Missstimmung.

Andererseits ist in den Vereinigten Staaten selbst die Reise Carters keineswegs so negativ beurteilt worden wie bei einzelnen Besuchspartnern in Europa und Asien. Eine solche spektakuläre politische Aktivität ist ohnehin von vornherein durch starke *innenpolitische Motive* mitbestimmt; Carter mag es neben den Kontakten mit fremden Staatsmännern ebenso wichtig gewesen sein, sich vor dem eigenen Volk zu profilieren, nachdem das erste Jahr seiner Administration nur wenige Höhepunkte aufzuweisen gehabt hat. Nun boten Weihnachten und die Neujahrstage der amerikanischen Nation Gelegenheit, am Fernsehen in einer *Non-Stop-Show* ihren Präsidenten bei seiner Fahrt durch ferne Länder quasi auf Schritt und Tritt zu verfolgen, von den Tempeln Indiens und Ägyptens bis zu den Champs Elysées und dem schicksalsschweren Strand der Invasionsküste der Normandie. Dank der penetranten Präsenz der Massenmedien wird diese Art der Reisediplomatie zu einem Politikum *sui generis*.

Das alles wird, ohne irgendwelche vorschnellen Urteile fällen zu wollen, doch nicht darüber hinwegtäuschen können, dass die auf solchen Blitzreisen ebenso blitzschnell angetippten Probleme nicht bereits allein schon deshalb einer Lösung entgegengeführt worden sind, nur weil die obersten Verantwortlichen sich einmal ein paar Stunden lang direkt unterhalten haben. Flugzeug und Telefon vermögen zwar

Raum und Zeit zu bezwingen, aber ihr Tempo wird sich nicht zwangsläufig auch auf jene politischen Entwicklungen übertragen, deren *Reifeprozess* durch äussere Einwirkungen nur beschränkt beschleunigt werden kann. Die Gipfeldiplomatie wird so stets mehr *äusseres Dekor* als tatsächlicher Motor des Geschehens sein. Das eigentliche konstruktive Werk wird wie eh und je auch heute noch vor allem in politisch mühseliger Kleinarbeit hinter den Kulissen geschaffen.

Niemand wird den Wert persönlicher

Kontakte auf höchster Ebene bestreiten. Sie gehören zum politischen Bild unserer Zeit. Aber ebenso falsch wäre es, darin eine neue, grössere Erfolge versprechende Form von Diplomatie und Politik zu erblicken. Hektik und Geschäftigkeit sind nicht ohne weiteres die gegebenen Transmissionsriemen zur Bewältigung brennender politischer Fragen. Dort, wo Gipfel- und Reisediplomatie zu leerer Betriebsamkeit ausartet, wird sie zum Widersinn.

Alfred Cattani

SINNVOLLER KAFFEEKRIEG ?

Preisüberwacher Leon Schlumpf hat sich mit den Wirten angelegt. Er möchte jene Vertreter des Gastgewerbes, die den Preis eines Kaffee crème im Mai des vergangenen Jahres um 10 Rappen erhöhten, veranlassen, diese «Massnahme» wieder rückgängig zu machen. Schliesslich hat auch der Rohstoff dieses Volksgetränks eine markante Preisreduktion erfahren. Die Gestehungskosten sind gesunken. Ergo ... Dass die Wirte mit dieser Logik kaum einig gehen können, liegt in der Natur des «Konflikts».

Die Frage, ob es sich um ein angemessenes Vorgehen des Preisüberwachers handelt, ob der Kampf um den «gerechten» Kaffee-crème-Preis der Schweiss der Edeln wert ist, kann wohl kaum schlüssig beantwortet werden. Den allseits «gerechten» oder als «gerecht» empfundenen Preis hat es *nie* gegeben – und es wird ihn vermutlich auch nie geben. Die «Preispäpste»

werden sich, ihrem Auftrag gemäss, für ein «korrektes» Preisgebaren im Kaffee-crème-Sektor einsetzen. Die Wirte werden dies mit ebenso «überzeugenden» Argumenten zu verhindern trachten. *Entscheiden* wird der Konsument, nämlich ganz einfach durch seine Bereitschaft, den «überhöhten» Preis zu bezahlen, oder, angewidert von der «unmoralischen Ausbeutungspraxis» einzelner schwarzer Schafe, sich jenen menschenfreundlichen Wirten zuzuwenden, die das grosse Wort vom Dienst am Kunden auch auf die Preise beziehen.

Das Ganze mutet als ein leicht bis mittelschwer *anachronistisches Schauspiel* an. Der Preisüberwacher amtiert in einem Moment sehr demonstrativ seines Amtes, in dem es, zumindest im privatwirtschaftlichen Sektor, nicht mehr allzuviel zu überwachen gibt – wenn dies jemals überhaupt der Fall gewesen sein sollte. Die Rezession –

und in dieser Beziehung zumindest ist sie nicht nur negativ zu beurteilen – hat die Rückkehr zur *Preisstabilität* gebracht. Zu einer Preisstabilität *nota bene*, um die die Schweiz beneidet wird. Die Inflationsmentalität, die dereinst so verheerende Folgen zeitigte, ist weitgehend gebrochen. Und die Wirtschaftspolitik ist darauf angelegt, diesen Zustand zu erhalten. Dies ist offensichtlich die *beste Preisüberwachung*.

Administrative Preisüberwachung – oder gar Preiskontrolle – ist in einer Marktwirtschaft schlicht als wirtschaftspolitische *Verirrung* zu qualifizieren, bestenfalls geeignet, Preise im öffentlichen Sektor, die ausserhalb der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsregeln zustande kommen, unter die Lupe

zu nehmen. Die effizienteste Preisüberwachung ist und bleibt dagegen ein *funktionsfähiger Wettbewerb*, mithin auch eine wirkungsvolle Wettbewerbspolitik. In diese Richtung sollten die Anstrengungen zielen. Man wird wohl kaum behaupten können, im Gastgewerbe herrsche momentan kein Wettbewerb. Die Revision des Kartellgesetzes wird zeigen, ob und in welchem Ausmass in der Schweiz eine ordnungspolitisch begründbare Preispolitik überhaupt zu verwirklichen ist oder ob auch künftig daran festgehalten wird, mit untauglichen Mitteln auf Nebenkriegsschauplätzen zu fechten.

Willy Linder

SCHLÜSSELWORT: SOZIALPARTNERSCHAFT

Ein Novemberabend in London. Im ehemaligen Hauptquartier von Scotland Yard, das in ein parlamentarisches Gesellschaftshaus verwandelt worden ist, hört sich eine Gruppe von Unterhausmitgliedern einen Vortrag über die Schweiz und ihre wirtschaftlichen Gegenwartsprobleme an. In der Diskussion wird zunächst höflich, wenn auch mit dem Unterton «Eure Sorgen möchten wir haben» nach weiteren Einzelheiten der schweizerischen Währungsproblematik und den damit verbundenen handelspolitischen Schwierigkeiten gefragt. Doch dann kommt man auf die Dinge, die diesen Kreis von parlamentarischen Wirtschafts- und Steuerspezialisten offensichtlich weit mehr interessieren: Wie ist es der

Schweiz gelungen, die Inflation so erfolgreich zu bekämpfen? Welches sind die steuerlichen Belastungsspitzen? Und wie war es bisher «politisch möglich», nicht «englische» oder «schwedische» Verhältnisse einreissen zu lassen?

Als schliesslich im Für und Wider des Frage- und Antwortspiels das Wort von der Sozialpartnerschaft und vom Arbeitsfrieden fällt, scheint unter der durchaus nicht nur bürgerlichen Zuhörerschaft schlagartig ein Konsens darüber zu entstehen, dass damit *das* Schlüsselwort gefallen sei, und zugleich macht sich abgrundtiefe Resignation breit. In der Tat: Wer England während zweier Jahrzehnte regelmässig besucht hat, der weiss aus eigener Erfahrung, wie sehr dieses Land unter der

Leichtfertigkeit zu leiden hat, mit der an allen möglichen – und auch fast unmöglich scheinenden – Orten Arbeitskonflikte provoziert und auch gleich in lähmende Streiks verwandelt werden. Das Schicksal dieses Landes der klassischen parlamentarischen Demokratie ist faktisch weitgehend in die Hände von Gewerkschaften geraten, die ihre extrem egoistische Interessenpolitik mit allen Mitteln der Pression und Konfrontation betreiben und dabei nicht zu erkennen scheinen, dass sie wirtschaftlich gesehen gleichzeitig auch sämtliche Äste ansägen, auf denen sie selbst sitzen.

In der Schweiz ist in den letzten Wochen und Monaten zweierlei geschehen, was in den Zusammenhang der bisher allseits hochgehaltenen Sozialpartnerschaft gehört. Im vergangenen Sommer wurde in Lausanne ein «Manifest 77» veröffentlicht, das offen die Torpedierung des 1978 zu erneuernden Friedensabkommens in der schweizerischen Maschinenindustrie anstrebt und damit die traditionelle Gewerkschaftspolitik der letzten 40 Jahre aufkündigen möchte. Ziel ist offenbar eine «Linksunion» aller sozialistischen und kommunistischen Kräfte des Landes. – Am 5. Januar ist sodann Ezio Canonica, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, plötzlich verstorben. Mit ihm ist ein Mann von der politischen

Bühne abgetreten, der trotz seiner Konzilianz und gewinnenden Persönlichkeit als harter Verhandlungspartner galt, dessen Politik aber ebenso sehr durch präzise Intelligenz und vor allem durch einen ausgeprägten Pragmatismus gekennzeichnet war. Die bisherigen Diskussionen um seine Nachfolge lassen vermuten, dass Canonica auch von nichtgewerkschaftlichen Kreisen stark vermisst werden wird.

Die beiden Ereignisse zeigen jedes auf seine Art, dass der Arbeitsfriede in unserem Lande keineswegs eine Naturgegebenheit darstellt. Zwar scheint die «Basis» für eine Linksunion nicht allzu viel Interesse aufzubringen. Doch ist ebenso unverkennbar, dass solche Vorstellungen in den intellektuellen Kaderschichten der Linken teilweise auf offene Ohren stossen. Es bleibt zu hoffen, dass die politische Vernunft weiterhin die Oberhand behalten und in diesem Sinne vor allem auch eine Erneuerung des Friedensabkommens im kommenden Sommer Wirklichkeit werden wird. Unsere vielkritisierte Politik der Konkordanz mag ihre Nachteile haben. Doch gibt es im Grunde keine echte Alternative zum Prinzip der wirtschaftlichen «Vertragsdemokratie».

Richard Reich